

VON NIKLAUS VONTOBEL

Herr Biedermann, als Ethos-Präsident werden Sie von 200 Pensionskassen dafür bezahlt, sich für Nachhaltigkeit einzusetzen. Sind Sie mit den neuen Eigenmittelregeln für Banken zufrieden?

Dominique Biedermann: Die Verschärfung war nötig. Was die Grossbanken nun an hartem Kernkapital halten müssen, nämlich 5 Franken pro 100 Franken Gesamtengagement, halten wir für das absolut notwendige Minimum.

Ist es wirklich nötig, dass die Schweiz mehr macht als international üblich?

Das ist es. Die Bilanzen der beiden Grossbanken sind zusammen doppelt so gross wie das Bruttoinlandprodukt der Schweiz. Das ist ein gewaltiges Risiko, gegen das man sich schützen muss.

Hat die Schweiz alle Lehren aus der Finanzkrise gezogen?

Die Grossbanken sind noch immer «too big to fail». Eine von ihnen untergehen zu lassen, kann sich die Schweiz nicht erlauben. Daher sollte sie in ein paar Jahren schauen, ob es mehr Eigenkapital braucht. Und es wäre besser, UBS und CS würden ihr Investmentbanking weiter zurückfahren.

Was bisher getan wurde, reicht nicht?

Nein. Es ergibt Sinn, wenn CS oder UBS etwa reiche Unternehmer, deren Vermögen sie verwalten, bei der Übernahme eines Konkurrenten beraten. Aber die Investmentbank betreibt bei beiden noch zu viel Handel, was relativ viel Eigenkapital beansprucht. Das ist für die Schweizer Wirtschaft eine Gefahr.

Die CS bringt ihr Schweiz-Geschäft an die Börse. Ein guter Entscheid?

Als Aktionär mögen wir das. Wir können wählen, ob wir mehr in der Schweizer CS investiert sein möchten oder in der global tätigen CS. Noch lieber hätten wir, die CS würde die Investmentbank auch gesondert aufstellen. Dann könnten wir uns von diesem Risiko trennen.

Die neuen Eigenmittelregeln sind auch ein Erfolg für die Nationalbank. Dagegen erhielt sie für die Aufhebung des Mindestkurses viel Kritik. Zu Recht?

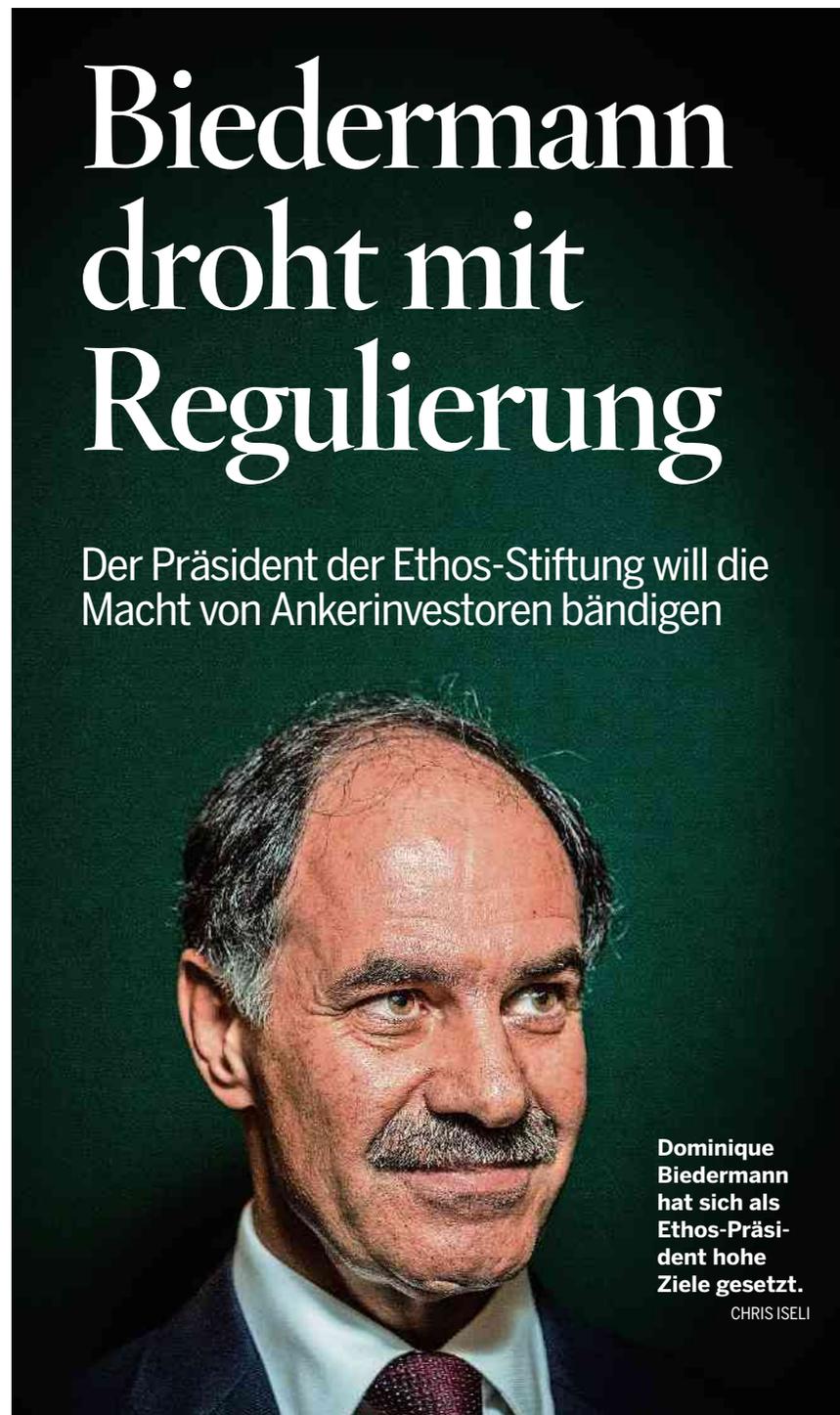
Diesen Schritt musste die SNB früher oder später machen. Der erhobene Negativzins auf Girokontoguthaben ist geeignet, den Franken für ausländische Investoren weniger attraktiv zu machen. Nur sollten Schweizer Pensionskassen davon ausgenommen sein.

Warum?

Es ist im Interesse aller, dass die Pensionskassen gute Renten erwirtschaften. Daher werden sie steuerlich bevorzugt. Doch mit den Negativzinsen wird ihnen geschadet. De facto zahlen sie eine versteckte Steuer. Wenn man annimmt, dass die Pensionskassen ungefähr 5 Prozent ihres Vermögens liquid halten, kostet sie das rund 300 bis 500 Millionen Franken pro Jahr.

Ist das nicht belanglos? Das Gesamtvermögen beträgt 800 Milliarden.

Ich bin nicht dieser Meinung. Bei den heutigen Niedrigzinsen geht es um je-



Dominique Biedermann hat sich als Ethos-Präsident hohe Ziele gesetzt.

CHRIS ISELI

den Franken. Mit den Negativzinsen werden Schweizer Pensionskassen aus dem Schweizer Franken gedrängt. Das kann doch nicht sein.

Könnten die Pensionskassen nicht mehr im Ausland investieren?

Kaum. Schliesslich zahlen sie die Renten in Franken aus.

Eine Zinswende würde helfen. Oder?

Ja und Nein. Natürlich erhalten die Pensionskassen dann mehr Zins, wenn sie Obligationen kaufen. Aber sie werden gleichzeitig auch gewaltige Verluste erleiden. Obligationen, die sie bereits in den Büchern haben, werden massiv an Wert verlieren. Da tickt eine Zeitbombe.

Früher hat Sie noch die Abzocker-Debatte beschäftigt. Das Thema ist inzwischen in den Hintergrund geraten. Vermissen Sie den früheren Novartis-Chef Daniel Vasella? Seine hohen Bezüge hatten die Debatte befeuert.

Wir suchen nie von uns aus den Konflikt. Die Unternehmensführungen haben sich verbessert in der Schweiz. Früher wurden etwa Nestlé, Credit Suisse, Zurich, Roche oder Novartis von einem Verwaltungsratspräsidenten und CEO in Personalunion geführt. Diese dunklen Zeiten haben wir hinter uns.

Und die Managerlöhne?

Die schlimmsten Exzesse sind vorbei. Es werden keine 90 Millionen mehr gezahlt, wie der CS-Chef Brady Dougan sie erhielt. Das Maximum scheint sich bei etwa 15 Millionen eingependelt zu haben. Aber das ist noch immer zu viel.

Wie wollen Sie das korrigieren?

Die Aktionäre sollen erst entscheiden, wie viel Lohn ein Management für ein Jahr erhalten soll, wenn das Jahresergebnis bekannt ist. Über den Lohn für 2016 etwa sollte die Generalversammlung im Jahr 2017 abstimmen. Das sollte selbstverständlich sein. Aber viele Unternehmen machten es umgekehrt. Sie liessen

bereits im Jahr 2015 im Voraus über den maximalen Lohn für 2016 abstimmen.

Wie wollen Sie das ändern?

Im neuen Aktienrecht sollte es verboten werden, dass Unternehmen im Voraus über die Löhne abstimmen. Dafür werden wir uns einsetzen.

Da haben Sie ein Stück Arbeit vor sich.

Das ist so. Dennoch werden allmählich andere Themen für uns wichtiger.

Zum Beispiel?

Die Macht sogenannter Ankeraktionäre sollte besser geregelt werden.

Sie denken an die Firma Sika, die die Eigentümerfamilie gegen den Willen der anderen Aktionäre verkaufen will?

Es geht längst nicht nur um Sika. Ankeraktionäre kontrollieren eine grosse Zahl börsenkotierter Unternehmen, ohne eine Mehrheit der Aktien zu besitzen. Oftmals setzen sie ihre Macht klug ein und alle profitieren davon. Oft missbrauchen sie diese Macht jedoch – und dagegen müssen die Minderheitsaktionäre geschützt werden.

Was fordern Sie konkret?

Wir wehren uns dagegen, dass der Ankeraktionär im Falle eines Besitzerwechsels den besseren Preis erhält als alle anderen Aktionäre. Die Eigentümerfamilie von Sika hat dies mithilfe einer Opting-out-Klausel probiert. Diese missbräuchliche Verwendung von Opting-out-Klauseln gehört verboten.

Reicht das, um die Macht von Ankerinvestoren zu bändigen?

Es braucht auch Änderungen bei den Stimmrechtsaktien. Ankeraktionäre können dank solcher Aktien zum Beispiel zehnmal mehr Stimmrechte haben, obschon sie gleich viel bezahlten wie für gewöhnliche Aktien. Wir sind der Meinung, dass es höchstens doppelt so viele Stimmrechte sein dürfen.

Wie wollen Sie das durchsetzen?

Zunächst über den Dialog mit den Unternehmen. Es ist in ihrem eigenen Interesse, sich selber zu regulieren. Sonst gibt es die Gefahr, dass es eine harte, zusätzliche gesetzliche Regulierung gibt.

Ankerinvestoren werden das nächste grosse Thema von Ethos sein?

Nicht nur. Wir haben viel vor. Wir setzen uns zum Beispiel im Dialog mit Unternehmen dafür ein, dass die CO₂-Emissionen der Unternehmen veröffentlicht werden, und zwar im Vorfeld der Klimakonferenz von Paris. Zudem engagieren wir uns, dass die Unternehmen sich einen Verhaltenskodex geben und ihn voll umsetzen.

Das klingt mehr nach netten Worten.

Überhaupt nicht. Wir diskutieren auch die Umsetzung dieses Kodexes. Heute haben uns 120 Pensionskassen ein Mandat gegeben, dass wir Unternehmen von einem solchen Kodex überzeugen. Zusammen verwalten diese Pensionskassen Gelder, die etwa 1,5 Prozent der gesamten Börsenkapitalisierung in der Schweiz entsprechen. Unser Wort hat Gewicht.